

## **Den NDR politikfern gestalten – Keine Parteivertreter in NDR-Entscheidungsgremien**

(beschlossen am 21. Juni 2005 durch den 73. Landesparteitag)

Die FDP dringt auf eine umfassende Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dazu zählt insbesondere der Rückzug der Politik aus den Entscheidungsgremien. Die Hamburger FDP spricht sich dafür aus, den Rundfunkrat des NDR zu verkleinern und um die von den Parteien und Regierungen entsandten Mitglieder zu reduzieren. Dementsprechend ist § 17 Abs. 1 Nr. 1 des NDR-Staatsvertrages zu streichen.

Der Vorstand der FDP Hamburg wird aufgefordert, sich zur Umsetzung mit den parlamentarischen Vertretungen und den Landesverbänden der FDP in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie der FDP-Bundestagsfraktion koordinieren.

### **Begründung:**

Das Gebot der Staatsferne des Rundfunks ist ein verfassungsrechtlich verankerter Grundsatz. Derzeit werden elf Vertreter im Rundfunkrat des NDR von Parteien entsendet. Die zahlreichen politisch besetzten Posten innerhalb der Rundfunkanstalten sind der eigentliche Grund für die Reformunfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Erst mit wachsender Distanz der Politik zu den Anstalten steigt auch der Mut zur Reformen. Nur wenn die Verflechtung zwischen Politik und Rundfunkanstalten massiv zurückgefahren wird hat eine wirkliche Reform des Rundfunksystems in Deutschland eine Chance. Postenschacherei und parteipolitisch gefärbte Personalentscheidungen innerhalb der Anstalten lähmen jegliche Reformbemühungen. Ziel liberaler Politik muss sein, den Einfluss der Politik und eine Durchdringung der Anstalten zurückzudrängen.